

MARBURGER ECHO

STADTZEITUNG DER DKP MARBURG-BIEDENKOPF

AUSGABE 1/4_2018



TARIFRUNDE

IG Metall

Streik und Tarifabschluss

LOKALES

Bezahlbarer Wohnraum
in Marburg?

KOMMENTAR

Alte Liebe rostet nicht -
Bildung der GroKo

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2018 beginnt politisch mit einem zwischen Drama und Komödie schwankenden Stück namens „Groko – ja oder nein?“ auf der einen, und einem viel beachteten Tarifikampf, dem der IG Metall, auf der anderen Seite. Bei Ersterem geht es um nichts Geringeres als die Selbstzerstörung der SPD, zerrieben zwischen ihrer jahrzehntelangen Politik für die Banken und Konzerne und den Egos von Schulz, Gabriel und Nahles. Bei gerade einmal 16 Prozent liegt die sich seit 1959 stolz als „Volkspartei“ (statt als „Arbeiterpartei“) bezeichnende Partei, damit nur noch 3 Prozentpunkte vor der rechten bis rechtsradikalen und Kapitalfreundlichen AfD entfernt. Wohl die Quittung für eine Politik, die die Reichen reich-

er, die Mächtigen mächtiger und die Armen ärmer macht. Ausführlicher analysiert Georg Fülberth die Misere rund um die GroKo-Verhandlungen. Das andere große Thema dieser Ausgabe ist der Tarifikampf der IG Metall. Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) steht seit ihrer Neukonstituierung 1968 vor nun 50 Jahren stets solidarisch an der Seite der Gewerkschaften des DGB. Solidarisch heißt hier aber nicht kritiklos! In gleich zwei Artikeln soll das Ergebnis und seine möglichen langfristigen Folgen für die Gewerkschaften in den Blick genommen werden.

Themen aus dem Bereich Kultur, Lokales und Friedenspolitik runden diese Ausgabe ab. Viel Lesevergnügen also!

**Michael Henkes,
Vorsitzender DKP Marburg-
Biedenkopf**

INHALT

THEMA	SEITE
Wem gehört unsere Zeit? Zur Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie	3-4
Kommentar zum Tarifabschluss der IG Metall	5-6
Rauchschleier - Bildung der GroKo	7-8
Bezahlbarer Wohnraum - viel versprochen, noch immer unzureichend realisiert!	9-10
10 Jahre „Bildungsrepublik Deutschland“	11
Deutschlands Weltmachtstreben hat einen neuen Namen	12-13
Kultur: Buchempfehlung „54“	14
Termine	RÜCKSEITE

WEM GEHÖRT UNSERE ZEIT?

Zur Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie

Die letzte Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie war aus zwei Gründen eine Besondere. Zum einen wurde von der IG Metall erstmals mit den 24 Stundenstreiks ein neues Instrument im Arbeitskampf eingesetzt. Zum anderen ging es neben der Entgeltforderung von 6% erstmals wieder um die Frage der Arbeitszeit. Allerdings war das Ziel der IG Metall, anders als dies von der Kapitalseite zu Beginn der Arbeitskämpfe behauptet wurde, nicht die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit. Vielmehr ging es um die Möglichkeit für maximal zwei Jahre die individuelle Arbeitszeit auf 28 Stunden zu reduzieren, um z. B. Eltern, Großeltern zu pflügen

oder sich um die Erziehung der Kinder zu kümmern, mit dem Anspruch anschließend wieder auf die volle Arbeitszeit zurückkehren zu können. Ersteres ist bereits jetzt durch das Teilzeit- und Befristungsgesetz möglich. Bisher gibt es allerdings kein Rückkehrrecht auf Vollzeit. Hier war man auf die „Großzügigkeit“ der Unternehmer angewiesen. Dies ist jetzt anders. Zumindest wenn man Mitglied der IG Metall ist und in einem tarifgebundenen Unternehmen arbeitet. Mit dem Tarifabschluss in diesem Arbeitskampf haben die Kolleginnen und Kollegen dieses Recht erkämpft. Ein Recht, das die Politik in Form einer Gesetzesänderung zwar



versprochen hatte, dann aber trotz entsprechendem Koalitionsvertrag, nicht eingehalten hat. Warum waren 24 Stunden Streiks notwendig, um mehr Zeitsouveränität im Sinne der abhängig Beschäftigten zu erhalten? Die Arbeitszeit war immer hart umkämpft. Der Kampf um den 8 Stunden Tag hat viele Jahrzehnte gedauert und der Einführung der 35 Stunden-Woche waren lange unbefristete Streiks in den 1980er Jahren vorausgegangen. Warum sträubt sich das Kapital mit solcher Vehemenz gegen Arbeitszeitverkürzung und Zeitsouveränität im Interesse der Lohnabhängigen? Menschliche Arbeitskraft schafft alle Werte und die private Aneignung der Arbeitskraft durch die Unternehmer schafft deren Profit. Das bedeutet, in umso größerem Maße die Unternehmer über die (Arbeits-)Zeit der Lohnabhängigen verfügen und diese flexibel nach ihren Interessen bestimmen können, umso größer wird der zu erwartende Profit. Um sehr hohe Profitraten geht es gerade jetzt. Durch die Digitalisierung verändern sich die Produktionsverhältnisse und die Arbeitsorganisation rasant. Die Märkte werden zwischen den Monopolen neu aufgeteilt. Wird VW in Zukunft nur noch die verlängerte Werkbank von Google oder Facebook sein oder übernehmen Bosch und Siemens mit ihren digitalen Forschungsabteilungen US amerikanische oder britische Konzerne? Infolge dieser Konkurrenz um die Märkte hat die Flexibilisierung

von Arbeitszeit im Interesse des Kapitals in den letzten Jahren massiv zugenommen. Als Stichpunkte seien hier nur ständige Erreichbarkeit, Arbeit auf Abruf und Entgrenzung von Arbeitszeit und Freizeit genannt. Ausgerechnet jetzt, wo die „Herren der Welt“ selbige unter sich neu aufteilen, setzt die IG Metall Arbeitszeitverkürzung auf ihre Agenda und hat damit Erfolg. Das Rückkehrrecht steht übrigens wieder in den Vereinbarungen der Großen Koalition. Ob die Gro Ko das Rückkehrrecht diesmal umsetzt ist ungewiss. Die IG Metall haben es für sich jedenfalls schon jetzt erkämpft.

Ulf Immelt

20. UZ-PRESSEFEST
DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

KONSTANTIN WECKER
ESTHER BEJARANO
& MICROPHONE MAFIA
KAI DEGENHARDT
KLAUS DER GEIGER
ERICH SCHAFFNER
SKA-KONZERT U.V.M.

50 Jahre
DKP

THEATER → LESUNGEN
FLOHMARKT → KINDERFEST
BÜCHERMARKT → DISKUSSIONEN
AUSSTELLUNGEN → FILME
GRAFIKEN VON DIETER SÜVERKRÜP
INTERNATIONALE SPEZIALITÄTEN
UMSONST & DRAUSSEN

DKP
www.dkp.de

7. - 9. September 2018
Revierpark Wischlingen
Dortmund

KOMMENTAR ZUM TARIFABSCHLUSS DER IG METALL

Es gibt ein Ergebnis im Tarifikampf der IG Metall. Wie so oft hat es seine guten, aber auch seine Schattenseiten. Die Kernforderung der IG Metall, das Recht auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 28h die Woche mit anschließenden Rückkehrrecht wurde erreicht, der zumindest in Teilen geforderte Lohnausgleich dagegen nicht. Positiv zu bewerten ist eine Lohnerhöhung, die zwar insgesamt recht moderat ausfällt, aber untere Lohngruppen durch feste Geldbeträge, statt ausschließlich prozentualen Erhöhungen, begünstigt. Kritisch wiederum ist eindeutig die extrem lange Laufzeit von 27 Monaten, sowie die nun vereinfachte Möglichkeit für die Konzernchefs, die Arbeitszeit von 35h auf 40h auszuweiten (hier sei nochmal betont, die formale 35h-Woche, die real dann doch oft eine 40h-Woche ist, gilt immer noch nur für den Westen!).

Doch soll uns hier das Ergebnis des Tarifikampfes selbst nur am Rande interessieren: Das Ergebnis steht nun fest, es gilt Positives hervorzuheben, Negatives zu kritisieren – wichtiger erscheint dagegen die Frage: Was bedeutet der Kampf selbst konkret für die IG Metall? Und für die anderen Gewerkschaften?

Von Anfang an war klar, die IG Metall

geht mit diese Tarifrunde ein hohes Risiko ein: Um die Frage der Arbeitszeit neu zu verhandeln, musste der sogenannte Manteltarifvertrag „geöffnet“ werden. In diesem „großen Tarifvertrag“ sind die Kernpunkte des nicht-gesetzlich-bestimmten Arbeitsrechts geregelt; eben die Fragen Arbeitszeit, Urlaubstage und Ähnliches. Einmal „offen“ wäre hier, bei mangelnden Mobilisierungserfolg der Gewerkschaft, alles möglich gewesen. Die Erfahrungen des letzten großen Streiks der IGM, des Kampfes um die 35h-Woche im Osten, steckten allen noch in den Knochen: Er scheiterte auf ganzer Linie. Die Angst vor einem erneuten Desaster schwingt seitdem bei jedem Tarifikampf mit. Die schon in der letzten Tarifrunde angedrohten 24h-Streiks (die ohne Urabstimmung unter allen Gewerkschaftsmitgliedern durchgeführt werden dürfen) kamen dann doch nicht zur Anwendung.

All das haben die Bosse der Industrie nicht vergessen. Auch deswegen schauten sie dieses Mal ganz genau hin: Schaffen es die Gewerkschaften dieses Mal zu mobilisieren? Oder ist die IG Metall mittlerweile zu einem zahnlosen Tiger geworden? Die Antwort, trotz aller nötigen Kritik: Zahnlos sieht anders aus. Die Beteili-

gung an den Warn- und insbesondere den 24h-Streiks war groß, vermutlich selbst für einige Gewerkschafter überraschend groß. Über eine Millionen Beschäftigte beteiligten sich. Gerade in der dicht getackten Metall- und Automobilindustrie, die schon längst aus Kostengründen nicht mehr „auf Vorrat“ produziert, war die Profiteinbuße für die Konzernchefs gewaltig. Aber nicht nur nach außen (die sogenannten „Arbeitgeber“ bettelten um erneute Verhandlungen), sondern auch nach innen wirkten die Streiks: Die Beschäftigten sahen „Hier passiert mal wieder was!“, sie machten wieder Streik-Erfahrungen und auch die der nicht bestreikten Betriebe zeigten flächendeckend ihre Solidarität – die arroganten Kommentare von „Arbeitgeber“-Seiten taten ihr Übriges um deutlich zu machen, wo die Trennlinie in dieser Gesellschaft verläuft.

Es gilt jetzt diese positiven Impulse die nächsten 24 Monate nicht ad acta zu legen, sondern aufzunehmen, in die Betriebe zu tragen, die Organisationsgrade erhöhen, die Kampfkraft zu stärken und gleichzeitig die kritischen Stimmen ernst zu nehmen. Nicht nur für die IG Metall, sondern auch für die anderen Gewerkschaften.

Michael Henkes

MV-Termine der DKP Marburg:

- 08. März
- 22. März
- 05. April
- 19. April

Der Beginn ist jeweils 19 Uhr,
Treffpunkt DGB-Haus,
Bahnhofstraße 6



unsere zeit
UZ

unsere zeit
marxistisch . kritisch . analytisch

Jetzt abonnieren!
www.dkp-online.de

RAUCHSCHLEIER

Alte Liebe rostet nicht - Bildung der GroKo

Während des Bundestagswahlkampfes konfrontierte der Altenpflegeschüler Alexander Jordes die Kanzlerin mit der Situation in den Altenpflegeheimen. Nun haben SPD und Union in ihrem Koalitionsvertrag 8000 neue Stellen bewilligt. Das ist eine halbe pro Einrichtung. Ebenfalls im Wahlkampf zeigte die Reinigungskraft Petra Vogel Frau Merkel den Bescheid über ihre künftige Rente: weit unterhalb der Armutsgrenze. Laut GroKo-Vereinbarung soll es für Menschen, die 35 Jahre eingezahlt haben, einen Aufschlag etwas oberhalb der Grundsicherung geben – für andere bedürftige Alte nicht.

Nach den Sondierungen wollte die SPD auf drei Feldern bei den Koalitionsverhandlungen noch Erfolge erzielen: Familiennachzug, Verbot sachgrundloser Befristung von Arbeitsverhältnissen und Bürgerversicherung. Davon ist für sie nur ein halber Punkt herausgekommen: in Unternehmen mit mehr als 75 Beschäftigten dürfen nicht mehr als 2,5 Prozent der Belegschaft lediglich auf Zeit eingestellt werden. Erste Kommentare vor und nach Abschluss des Koalitionsvertrags – darunter von der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel – gaben Tips, wie sich das umgehen lässt.

Die SPD ist zufrieden. Sie bekommt das Auswärtige Amt, das Finanz- und das Arbeitsministerium. Den Bundespräsidenten hat sie ja schon seit 2017. Wer im SPD-Bashing seine höchste Genugtuung findet, kann den Parteienamen umbuchstabieren: Sozialdemokratische Postenpartei Deutschlands. Sigmar Gabriels Powerplay passte dazu. Er warf Martin Schulz Wortbruch vor. Wer ihm wohlwollte, mochte schönreden, es sei die superpeinliche Tatsache gemeint, dass der Parteifreund zweimal ausgeschlossen hatte, in einem Merkel-Kabinett dienen zu wollen, und sich dann hineindrängen wollte. Nur hämische Kenner des Innenlebens der SPD vermuten, Gabriel meine etwas Anderes: Schulz habe ihm einen Posten erst versprochen und dann vorenthalten.

Zum Glück gibt es Olaf Scholz, der in den „Tagesthemen“ richtigstellte: die Personalien seien nichts, 177 Seiten Koalitionsvertrag aber alles. Darin fänden sich wunderbare Sachen. Oft sind es taube Nüsse. Dennoch protestieren jetzt schon Wirtschaftsverbände und Friedrich Merz sowie Norbert Röttgen – auf den ersten Blick als gescheiterte Merkel-Rivalen, in Wirklichkeit als politische Kapital-Vertreter. Sie können getröstet

werden, und auch darauf haben klügere Auguren schon hingewiesen: als 2008 eine Wirtschaftskrise ausbrach und 2015 viele Geflüchtete kamen, hat kein Mensch mehr in die Koalitionsverträge von 2005 und 2013 hineingesehen. In denen stand dazu nichts.

Wenn etwas an den Groko-Vereinbarungen interessant ist, dann das, was durch niemanden in Zweifel gezogen wird: die Perspektive einer deutsch-französischen Doppelherrschaft über Europa (und auch ein bisschen über einen Teil des Umfelds) und die Selbstverständlichkeit, mit der die Militarisierung der Außenpolitik forciert wird. Noch interessanter ist die Wirklichkeit außerhalb der Koalitionsverhandlungen: der AfD laufen die Hasen in die Küche. Sie dringt in Betriebsräte vor. Es zeichnet sich ab, dass neben den traditionellen sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaften auch noch faschistoide sich ausbreiten. Es bleibt bei der einst von Gerhard Schröder durchgesetzten steuerpolitischen Umverteilung von unten nach oben. Da versteht man es doch ganz gut, dass es Leute gibt, die sich nicht mit solchen unheimlichen Dingen, sondern mit den im Vergleich dazu doch eher gemütlichen Personalien befassen. Diese sind nur der Rauchschleier vor den harten Fakten.

Georg Fülberth

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Am 5. Mai 1818 ist Karl Marx geboren worden. Er wurde 64 Jahre, zehn Monate und neun Tage alt.

Aber: Wenn wir heute über 200 Jahre Karl Marx reden, blicken wir zugleich auf 200 Jahre Kapitalismus zurück.

Irgendwie keine gute Nachricht, oder?

Jedenfalls hätte Marx sich wohl nicht träumen lassen, dass der Kapitalismus ihn so lange überleben werde.

Andererseits: Schon der ganz junge Marx wusste, dass erst in der letzten Revolution alle Philosophie – auch seine – „aufgehoben“ sein werde.

Insofern ist durch die Fortdauer des Kapitalismus auch Marx aktuell geblieben.

Über diese Symbiose von Kapitalismus und Marxismus wollen wir aus scheinbar festlichem Anlass reden:

200 JAHRE KARL MARX

10. April 2018, 19:30 Uhr
Marburg, Bahnhofstraße 6,
Käte-Dinnebier-Saal
Referent: Georg Fülberth

Wir laden ein.
DKP Marburg-Biedenkopf

BEZAHLBARER WOHNRAUM

viel versprochen – noch immer unzureichend realisiert!

Viel wird über geförderten, bezahlbaren Wohnraum gesprochen, zu wenig wird davon konkret umgesetzt – auch vor dem Hintergrund einer Quartiersdurchmischung, sprich ein Zusammenleben von jungen Familien in Mietwohnungen wie in Eigenheimen, von gemeinschaftlichen Wohnprojekten, bis hin zu einem altersgerechteren Wohnen im Quart-

Die Marburger Linke griff aus dem städtischen Wohnversorgungskonzept die Idee auf, den Oberen Rotenberg für bezahlbaren Wohnraum zu erschließen, zumal in Kürze ein Lebensmittelmarkt dort seine Türen öffnen möchte, stattdessen wird dieses Gebiet nun entwickelt, im höheren Preissegment versteht sich, durch die heimische Sparkasse vorangetrieben.

Während die Mieten weiter durch die Decken schießen, kein neuer Raum für den sozialen Wohnraum? – Doch, zumindest teilweise, in den typischen drei Marburger Gebieten, nämlich Richtsberg, Waldtal und in unmittelbarer Nachbarschaft zum Stadtwald, am Hasenkopf! Unser Vorschlag, nämlich am Oberen Rotenberg bezahlbaren Wohnraum zu schaffen – der Durchmischung wegen, denn hier finden sich ausschließlich Einfamilienhäuser – und den Hasenkopf anders zu entwickeln, konnte sich nicht durchsetzen.

ier. Vollmundig wurde bereits Ende des Jahres 2016 ein neues Wohngebiet in den Lahnaun, um den Krekel angekündigt – Realisierbarkeit an den Umzug des Marburger Dienstleistungsbetriebes (DBM) gebunden, dieser auf unbestimmte Zeit verschoben.

In den letzten Jahren ist vor allem am unteren Richtsberg viel nachverdichtet worden, die neuen Bewohner sind in die Gebäude bereits eingezogen. In dem Baugebiet, das Ende der 50er Jahre „Beltershäuser Straße“, später „Schlammhausen“ und anschließend der untere Richtsberg



hieß, entstanden 850 Sozialwohnungen. Seinerzeit wurde genau auf eine soziale Durchmischung in den Wohnquartieren geachtet. Menschen aus allen Kulturen, aus allen gesellschaftlichen Bereichen fanden dort ebenso eine Heimat, wie Arbeiter und Angestellte, Lehrer und Politiker oder Selbstständige. Dies gilt es auch heute unbedingt im Auge zu behalten. Erinnert sei an die Auseinandersetzung um die Bebauung am Vitosareal, nun soll es in diesem Jahr losgehen. Neben acht Stadtvillen im privatem Wohnungsbau sollen nochmals 90 sozial geförderte Wohnungen entstehen. Besonderes Augenmerk liegt nun für die Marburger Linke darauf, die Lebens- und Umfeldqualitt zu erhalten und zu steigern. Wenn man sich in den Außenanlagen aufhalten will, braucht man Ruheoasen mit Bänken genauso wie Pavillons, Grillplätze und Spielmöglichkeiten auf Freiflächen wie beispielsweise Schachspielfelder, Fußballplätze etc. Vorstellbar wäre auch die Entwicklung hin zu einer „essbaren Stadt“, also zu einer lebendigen und produktiven Stadtlandschaft im Kontext von „urban gardening“. Solche Maßnahmen könnten die Lebensqualität der Bewohner/in-

nen erheblich erhöhen. Unerlässlich ist, dass nicht nur die Wohnbauten in den Blick genommen werden, sondern das gesamte Umfeld.

In enger Anlehnung an den Ortsbeirat Richtberg hat die Marburger Linke einen entsprechenden Antrag ins Stadtparlament eingebracht, der ein Entwicklungskonzept für Marburgs gröſsten Stadtteil vorsieht. Nun ging von Seiten des Magistrats ein unglaubliches Geeiere los. Für den Richtsberg werde schon so viel getan, ein Gesamtplan für die Stadt müsse erst her und, und, und. Fazit: Man will einfach nicht. Schade für den Richtsberg.

Während ein Stadtteilkonzept für Marburgs Oberstadt, von uns mitgetragen, kein Problem für die Stadtregierung darstellt, dafür werden sogar erstaunliche Mittel an Geld | 50.000€ in den kommenden Haushalt eingestellt, wo ein Wille da ein Weg, dies gilt leider nicht für alle Marburgerinnen und Marburger. Getreu dem Motte: Wessen Brot ich ess, dessen Lied ich sing.

Tanja Bauder-Whr

**Zeit, sich ein anderes Bild
von der Welt zu machen.**

Jetzt
die Wrter
grt
auf
die Welt

junge Welt

10 JAHRE „BILDUNGSREPUBLIK DEUTSCHLAND“

Im Sommer 2008 rief Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die „Bildungsrepublik Deutschland“ aus. Doch wie steht es um die Realität? Frühe Selektion der SchülerInnen in die verschiedenen Schulformen, Unterfinanzierung, G8, Stress und Notendruck – Normalität an deutschen Schulen. Ohne Konsequenzen bleibt das nicht: immer mehr Kinder und Jugendliche leiden unter psychischen

von 5,2% – eine Schande für die reichste Volkswirtschaft Europas und eine angebliche „Bildungsrepublik“! Um der Unterfinanzierung entgegenzuwirken, wenden viele Schulen sich an private Sponsoren, Unternehmen, die als Gegenleistung z.B. Schulmaterialien stellen, in denen sie für ihre Produkte werben oder die Lehrinhalte zu ihren Gunsten beeinflussen. Während Unternehmer durch die Rentabilisierung von Schulen Mitspracherechte bekommen, werden Rechte von SchülerInnen und Schülern, sowie Lehrerinnen und Lehrern weiter beschnitten. So gibt es immer wieder Versuche, die Drittelparität in Schulkonferenzen auf



Krankheiten wie Burnouts oder Depressionen.

Bei kaum einem Bildungssystem ist die Herkunft vom Elternhaus für den Schulabschluss so entscheidend, wie in Deutschland.

Das Bildungssystem leidet unter einer massiven Unterfinanzierung. Mit lediglich 4,3% des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2017 liegt Deutschland weit unter dem OECD-Durchschnitt

Kosten der SchülerInnen zu kippen. Doch es formiert sich Widerstand: so zum Beispiel in Kassel, wo Anfang Dezember 2017 ca. 1000 Schülerinnen und Schüler gegen den Sanierungsstau von 144 Millionen Euro an Kasseler Schulen gestreikt haben.

SDAJ Marburg

DEUTSCHLANDS WELTMACHTSTREBEN HAT EINEN NEUEN NAMEN

Die EU-Außenminister haben am 11. Dezember den offiziellen Startschuss für den systematischen Aufbau gemeinsamer EU-Militärstrukturen gegeben. Das Vorhaben, das formell „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (Permanent Structured Cooperation, PESCO) genannt wird und mit dem künftig die Kriege der EU vorbereitet werden, läuft darauf hinaus, durch das Zusammenfügen militärischer Elemente in einzelnen Projekten gleichsam nach dem Baukastenprinzip letztlich einer EU-Armee möglichst nahezukommen. Die teilnehmenden 25 EU-Staaten haben sich schriftlich verpflichtet, ihre Wehretats „regelmäßig“ und inflationsbereinigt zu erhöhen. 20 Prozent davon müssen sie mittelfristig für neue Rüstungsprojekte ausgeben, zwei Prozent für die Rüstungsforschung. Zudem müssen sie künftig „substanzielle Unterstützung“ für EU-Einsätze leisten – mit Personal, Material, Ausbildung und Infrastruktur. Darüber hinaus soll mehr Geld als bisher für militärische Operationen zur Verfügung gestellt und beschleunigte „nationale Entscheidungsprozesse“ über die EU-Interventionen etabliert werden. Die Bundeswehr wird vier der zunächst 17 PESCO-Projekte führen. So organ-

isiert sie unter anderem den Aufbau eines EU-Sanitätskommandos und leitet die Errichtung von Logistik-Drehscheiben, die helfen sollen, EU-Truppen und ihren Nachschub schnellstmöglich in die Einsatzgebiete zu verlegen. Gleichzeitig aber macht die EU-Kommission aus ihrem eigentlichen Ziel keinen Hehl: Es geht ihr um „strategische Autonomie“, also darum, bei Bedarf auch ohne die USA und die NATO militärisch eingreifen zu können – als Weltmacht eben. Mit Trump hat das übrigens gar nichts zu tun: Ihren Anlauf zu dieser Militärkooperation „von unten“ hat die EU bereits im Sommer 2016 gestartet, als noch niemand ernsthaft mit dem Sieg des jetzigen US-Präsidenten rechnete. Treibende Kraft war damals Deutschland. Dessen Weltmachtstreben hängt eben nicht davon ab, wer gerade das Weiße Haus bewohnt. Flankiert wird das Vorhaben von einem milliardenschweren EU-Verteidigungsfonds, über den Brüssel ab 2021 1,5 Milliarden Euro jährlich für die Rüstungsforschung und -entwicklung zur Verfügung stellt. Die Gelder sind an nationale Investitionen gekoppelt und sorgen für Gesamtausgaben in Höhe von 5,5 Milliarden Euro. Ein außergewöhnlicher, der Not gehorchender Aufruf wurde am

6. November 2017 veröffentlicht: Nobelpreisträger, führende Vertreter der Friedens- und Umweltbewegung, bekannte KünstlerInnen, kritische WissenschaftlerInnen, Gewerkschaftsvorsitzende sowie Engagierte aus den Bewegungen für

Nachhaltigkeit und eine gerechte Welt. Es ist ein gesellschaftlicher Appell der Warnung vor weiterer Aufrüstung und der unüberhörbaren Forderung nach Abrüstung zur Lösung der großen Herausforderungen.

Herwig Selzer

DER AUFRUF LAUTET:

„Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart. Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe. Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik. Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her. Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten. Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde

Unterstützt ihn, unterzeichnet ihn, sammelt selbst. Macht auf den Appell aufmerksam.



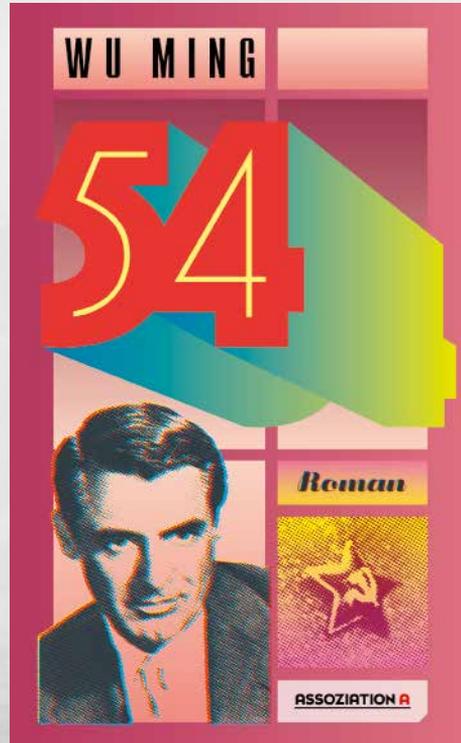
WWW.ABRÜSTEN.JETZT

KULTUR:

Buchempfehlung

“54” heißt der Roman eines Schriftstellerkollektivs über das Jahr 1954. Es kommen vor: Die Kneipe “Aurora” in Bologna, von Kommunisten betrieben und besucht, sozusagen “Wohnzimmer” der Arbeiter. Cary Grant, der zu Ehren Broz Titos, des Staatschefs Jugoslawiens, in einem Film über dessen Partisanenzeit im Krieg gegen Deutschland spielen soll. Ein Kundschafter der UdSSR, der das verhindern soll. Ein gestohlenen Fernsehgerät, das kreuz und quer durch Italien reist. Eine dramatische Liebesgeschichte. Ein Mord/Selbstmord, der damit zu tun hat. Die Mafia, die sich wieder aus den USA nach Italien zurückziehen muss. Eine riesige Menge Heroin. Ein verdienter italienischer Partisan, der in Jugoslawien, wo er gekämpft hat und geblieben ist, nicht mehr erwünscht ist...Wer erfahren will, was alles im Jahr 1954 so geschah, in Italien und in der übrigen Welt: Hier wird es besprochen. Wu Ming ist ein Schriftstellerkollektiv aus Italien, das sich mit Historie befasst und daraus Romane schmiedet. “Wu Ming” ist Mandarin-Chinesisch und bedeutet - je nach Betonung - “Kein Name” oder “Fünf Namen”. Fünf Schriftsteller, die keinen Wert darauf legen, ihre Namen irgendwo zu lesen - ein besonderer Fall von kollektiver

Kunsterzeugung ohne Eitelkeiten. Und - ja, sie funktioniert. “54” ist ein Roman, der uns lebhaft den beginnenden “Kalten Krieg” schildert, der eigentlich ein heißer ist. These von Wu Ming: Es gibt keine Nachkriegszeit. Der Krieg ist nicht zu Ende.



Wu Ming: 54, assoziation a, Berlin 2015

Christian Mark

MARBURGER ECHO

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN
PARTEI (DKP) MARBURG

WAS?	WANN?	WO?
Marburger Ostermarsch	02.04.2018 11:00 Uhr	Deserteursdenkmal, Frankfurter Straße
Georg Fülberth: 200 Jahre Karl Marx	10.04.2018 19:30 Uhr	DGB-Haus Marburg, Bahnhofstraße 6
Andreas Wehr: Europa - was nun?	24.04.2018 19:30 Uhr	DGB-Haus Marburg, Bahnhofstraße 6

IMPRESSUM

INFO@DKP-MARBURG.DE

WWW.FACEBOOK.COM/DKP.MARBURG/

WWW.DKP-HESSEN.DE

WWW.DKP-ONLINE.DE

